

ARCOMHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Im Rasthaus von Rabat: Ein Fotoprojekt für eine würdevolle Selbstdarstellung von geflüchteten Frauen.

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

MAROKKO/MIGRATION

Frauen und Migration

Die Hölle bleibt zwar ein Traumbild in der religiösen Vorstellung, aber sie ist auch eine alltägliche Realität von Menschen, die keine andere Wahl haben, als ihre Länder, Dörfer oder Familien zu verlassen. Viele von ihnen kommen aus Subsahara-Afrika und bleiben in Marokko blockiert.

Diese Migrantinnen erleben «die Hölle auf Erden» – ein Konzept, das mir durch die religiöse Kultur, die meine Kindheit geprägt hat, nicht vermittelt wurde. Wofür werden diese Menschen bestraft? Welches menschenfeindliche System ist da am Werk? Ein Mann auf der Flucht erlebt schlimme und oft lebensgefährliche Situationen; eine Frau oder Person aus der LGBTQI+ Gemeinschaft auf dem Weg ins Exil macht eine doppelte oder sogar dreifache Strafe durch.

Ganz unten in der Gesellschaft

Als ich kürzlich wieder in Marokko war, wurde ich sowohl mit der Situation der einheimischen Frauen konfrontiert als auch mit dem Schicksal von Migrantinnen aus den subsaharischen Ländern. Anlässlich meines Aufenthalts hatte ich die Gelegenheit, die Verantwortlichen des Verlagshauses «En toutes

lettres» zu treffen. Sie feierten ihr zehnjähriges Bestehen und erzählten von ihrem Werdegang und ihren Kämpfen, um in einem eher feindlichen politischen Umfeld zu bestehen. Ihre investigative Arbeit zu gesellschaftlichen und politischen Themen wird von dem Bestreben begleitet, diese an junge Journalistinnen in der Ausbildung weiterzuvermitteln. Ich hatte mit Hicham Houdaïfa und Kenza Sefrioui, Gründer und Gründerin dieses Verlages, ein interessantes Gespräch. Die beiden haben Untersuchungen über die Arbeit von Frauen in Marokko durchgeführt. Es handelt sich hauptsächlich um Aussagen und Analysen über marokkanische Frauen, die das letzte Glied in der Gesellschaft darstellen. Es wäre interessant, die gleichen Untersuchungen über die Ausbeutung von exilierten Frauen aus Subsahara-Afrika durchzuführen, die ihrerseits ganz unten stehen.

Natürlich stehen die Migrantinnen am tiefsten auf der sozialen Leiter, aber die Zahlen über die Wirtschaftssektoren, in denen marokkanische Frauen ausgebeutet werden, sind nicht viel besser. Ein Beispiel, das uns die schreckliche Situation vor Augen führt: Am 8. Februar 2021 starben in Tanger 28 Menschen, von ihnen 20 Frauen, in den Kellern einer Textilfabrik. Die Opfer ertranken, nachdem die Fabrik von starken Regenfällen überschwemmt worden war. Die meisten von ihnen waren nicht bei der Nationalen Sozialversicherungskasse angemeldet. Die Empörung war kurzlebig; das Drama schnell vergessen. Wenn also Marokkanerinnen unter solchen Bedingungen in ihrem Land arbeiten und sterben, wie sieht dann das Schicksal von subsaharischen Migrantinnen aus – Frauen, schwarz, ohne Papiere, mit (oft ungewollten) Kindern –, die auf endlosen Migrationswegen die schlimmsten Gräueltaten erlitten haben?

Lange Tage der Ausbeutung

Yvonne stammt aus Guinea. Sie verliess Konakry im Jahr 2018 wegen ihrer sexuellen Orientierung, die in ihrem Land nicht erlaubt ist. Sie wurde von ihrer eigenen Familie mit dem Tod bedroht und floh nach Libyen. Nachdem sie drei Monate lang in einem Bordell festgehalten worden war, entkam sie und erreichte Anfang 2019 Marokko. Im «Rasthaus für Frauen auf der Flucht» von der Selbsthilfeorganisation ARCOM¹ fand sie in hochschwangerem Zustand Schutz und konnte in Sicherheit entbinden. Aber das Rasthaus konnte nur einen dreimonatigen Aufent-

halt anbieten, danach musste Yvonne wieder abreisen, in ihr (Über-)Leben als alleinstehende Migrantin in Marokko zurückkehren und Arbeit finden, um dieses ungewollte Kind zu versorgen, das sie trotz allem liebt, «weil Gott es so gewollt hat». Von Dakhla in der Westsahara, wo sie sich auf Gemüsefarmen versklavt hatte, erreichte sie mit verbrannten Händen und Füßen Oujda im Nordosten; dort fand sie aber keine Arbeit. Schliesslich landete Yvonne in Casablanca, wo sie unregelmässig in einer Textilfabrik arbeitet, die ihr 8 € für 12 Stunden Arbeit bezahlt. Sie geht früh morgens los, lässt ihre Tochter bei einer Tagesmutter und schliesst sich ein paar Dutzend Frauen an, die vor der Fabrik darauf warten, eine der Glücklichen eines endlosen Tages der Ausbeutung sein zu dürfen. Dieses fragwürdige «Privileg» ist nicht alltäglich.

Prisca hat bisher unter einem löchrigen Sonnenschirm Produkte aus Subsahara-Afrika verkauft, von wo sie herkommt. Sie leidet direkt unter der rassistischen Migrationspolitik Europas und seiner verbündeten Regierungen. Die zunehmende Repression in den marokkanischen Grossstädten will die schwarzen Menschen vertreiben und die kleinen Geschäfte zerschlagen, deren einzige Kund:innen Migrant:innen sind. Prisca ist 50 Jahre alt und steht um 5 Uhr morgens auf, um zusätzlich vor den Türen der Marokkaner:innen zu fegen. Gelegentlich geht sie auch putzen, was ihren Körper schwer belastet. Doch sie wird nicht aufgeben, weil sie will, dass ihr Sohn einst studieren kann. Das ist ihre einzige Hoffnung für die Zukunft.

Aurore ist in einem Callcenter angestellt. Sie oder eine ihrer Kolleginnen ist es, die wir am Telefon haben, wenn wir Probleme mit unseren Telefon- oder Stromrechnungen haben. Ihr wurden zwei Visa für Frankreich verweigert, aber sie weiss, wo unser Stromzähler ist. Sie muss sich psychologisch feinfühlig verhalten, damit fragile Menschen nicht ausrasten und sie beschimpfen, da sie sonst Gefahr läuft, von ihren Aufseher:innen gemassregelt zu werden. Sie arbeitet 10 Stunden am Tag, 6 Tage die Woche und erhält 450 € im Monat, manchmal mit einer kleinen Prämie entsprechend der Leistung. Sie hat diese Arbeit angenommen um ihre zwei kleinen Kinder aufziehen zu können und bald ein drittes, das sie auf die Welt bringen wird. Nach der Geburt des Kindes kann sie ihre Stelle zwar wieder antreten, wird aber ein Jahr lang nicht mehr bezahlt. Sie sagt, sie sei eben am Schluss der ganzen Konkurrenz-Kette. Zuerst kommen das Unternehmen und die oberste Direktion. Dann folgen alle Kader-Stufen – von den Manager:innen, Supervisor:innen bis hin zu den Aufseher:innen. Und eben ganz am Ende stehen diejenigen – wie sie –, an denen man sich abreagieren kann, wenn auf irgendeiner Ebene etwas nicht so läuft wie vorgesehen.

Unerwünscht in Nador

Ich sitze auf einer Terrasse in Nador im Nordosten des Landes bei einem Kaffee und höre Rodrigues zu, wie er mir vom «Wald» erzählt, der sich auf dem Berg Gourourou befindet und Tausende von Geflüchteten beherbergt,

die darauf warten, in die spanische Enklave Melilla zu gelangen und damit nach Europa. Das Leben im «Wald» ist hierarchisch anhand verschiedener Codes und Rituale gegliedert. Es gibt dort ein paar Frauen, aber die Mehrheit sind Männer. Rodrigues ist seit 22 Jahren dort – ein lebendiges Monument der Migrationsgeschichte in dieser Region Marokkos. Er erklärt mir, dass die starke Repression Wirkung gezeigt hat, weil die Stadt heute von den unerwünschten Menschen «gesäubert» sei. Sie müssen sich verstecken, weil sie jeden Moment Gefahr laufen, verhaftet und wie Tiere in abgelegene Dörfer im Süden deportiert zu werden. Doch plötzlich taucht eine junge schwarze Frau auf, die wie ein Geist die Strasse überquert. Ich schaue Rodrigues fragend an und er antwortet: «Ach ja, sie ist gekommen ist, um zu kämpfen. Nichts wird sie aufhalten können.» Der Satz klingt in mir nach: «Sie ist gekommen, um zu kämpfen». Diese Frau und die anderen Frauen sind gekommen, um zu kämpfen; sie kämpfen seit Beginn ihrer Reise und sie werden bis zum Ende ihrer Tage kämpfen! Leider wird Mut nicht bezahlt, sonst wären alle diese Frauen mindestens Millionärinnen.

Marie-Pascale Rouff

1. ARCOM – Association des Réfugiés et Communautés migrantes = Verein der Geflüchteten und Gemeinschaften von Migrant:innen.

TUNESIEN/MIGRATION

Eskalation der Repression

Die Hitzewelle, die derzeit das gesamte Mittelmeerbecken heimsucht, erfasst auch Tunesien. Mitte Juli wurden in dem nordafrikanischen Land Temperaturen bis zu 47 Grad Celsius gemessen. Nicht die beste Zeit für Ausflüge in die Wüste. Doch weit schlimmer noch ist es, in ihr umherzuirren oder in ihr ausgesetzt zu werden.

Genau dies taten die tunesischen Behörden mit mutmasslich rund 1000 Migrant:innen aus dem subsaharischen Afrika, die seit Anfang Juli zum Grossteil im Wüstengebiet in der Nähe der libyschen Grenze im Südosten des Staatsgebiets, zu einem kleineren Teil bei der algerischen Grenze in dessen Südwest-

ten ausgesetzt wurden. Was die Europäische Union nicht daran hinderte, in Tunis – im Beisein von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der postfaschistischen italienischen Premierministerin Giorgia Meloni sowie des soeben über einen Koalitionsstreit zur Einwanderungspolitik gestürzten nieder-

ländischen Regierungschefs Mark Rutte – ein Abkommen zur Eindämmung von Migration mit Tunesiens Regierung zu unterzeichnen.

Die jüngsten Vorfälle im tunesischen Süden nahmen ihren Ausgang in Sfax, der zweitgrössten Stadt Tunesiens, ungefähr auf halber Höhe in Nord-Süd-Richtung liegend. Die Stadt mit rund 600.000 Einwohner:innen ist durch die chemische Industrie geprägt, weist jedoch auch ein Hafenbecken auf, das aufgrund seiner Beschaffenheit und aufgrund der Meeresströmungen für Überfahrten in Richtung Europa am geeignetsten ist.

Seitdem der tunesische Staatspräsident Kais Saied mit seiner Rede im Nationalen Sicherheitsrat am 21. Februar eine regelrechte rassistische Kampagne gegen eine «Invasion» durch subsaharische Migrant:innen lostrat und dadurch auch eine Welle von Gewalttaten auslöste, erhöhte sich der Abwanderungsdruck bei Eingewanderten, die zum Teil seit längerem im Land leben. Ob Neuankömmlinge oder bereits im Land lebende eingewanderte Gruppen: Viele strebten nun verstärkt

danach, in Richtung Europa weiterzuwandern, während gleichzeitig Luftbrücken für Rückflüge in die Länder Guinea, Mali und Elfenbeinküste organisiert wurden. Die Stadt Sfax wurde daraufhin zunehmend zum Nadelöhr. Durch findige Migrant:innen, die zum Teil selbst Wassergefährte bastelten und ihren Landsleuten oder Leidensgenoss:innen vergleichsweise günstige Überfahrten anboten, fielen die Preise für aussergesetzliche Ausreisendienste um zwei Drittel. Eine Überfahrtmöglichkeit war zum Teil bereits ab rund 500 Euro zu finden. Aus anderen Landesteilen strömten folglich ausreisewillige Menschen aus dem subsaharischen Afrika in die Hafenstadt.

Aufgeheiztes Klima

Dadurch, dass Sfax zunehmend zur Anlaufstelle wurde, verdichtete sich die Präsenz von Migrant:innengruppen dort. In einem ohnehin infolge der Kampagne von Staatspräsident Saïed aufgeheizten Klima nahmen daraufhin aber auch die Konflikte zu, was bei einem wachsenden Zulauf auf einem geographischen Punkt, wie in einem Flaschenhals, kaum vermeidbar erscheint, zumal es keine staatliche Politik etwa für das Bereitstellen von Unterkünften oder Notaufnahmen gibt. Geschäftstüchtige Tunesier:innen zogen daraus ihren Profit, was wiederum bei Stadtteilnachbar:innen zu Neid und Missgunst führte. Manchmal wurden auch tunesische Vermietende schlicht überrascht, wenn sie etwa an eine subsaharische Familie vermieteten, dann aber feststellen mussten, dass ihre Räumlichkeiten stattdessen plötzlich Dutzende von Menschen beherbergten.

Staatspräsident Saïed und seine Untergebenen nutzten diese Tatsachen für eine Kampagne gegen angebliche «mafïöse Netzwerke» in der Stadt, die sich an Schlepperdiensten bereicherten und sich in quasi landesverräterischer Weise verhielten. Objektiv deutet aber alles darauf hin, dass es sich bei jenen, die sich in Sfax an der Not und an den Bedürfnissen der Migrant:innen zu bereichern oder jedenfalls ein Zubrot zu verdienen suchten, überwiegend um Einzelpersonen, Familien oder Kleingewerbetreibende handelte und nicht um stabile Netzwerke. Im Laufe des Frühjahrs und Frühsommers heizte sich das Klima rund um Sfax auf, das in den landesweiten Medien zum Brennpunkt hochstilisiert wurde. Es kam zu Zusammenrottungen, zu pogromartigen Ausschreitungen. In der Nacht vom 20. zum 21. Mai attackierten Stadtbewohner:innen ein Gebäude, in dem Migrant:innen untergebracht waren, und töteten dabei einen jungen Mann aus Benin; fünf weitere Migrant:innen wurden verletzt. Am 25. Juni fand dann eine Demonstration von mehreren hundert Personen statt, auf welcher unter anderem «Tunesien den Tunesiern» skandiert wurde. In der in- wie ausländischen Presse wurde weitgehend der Ein-

druck erweckt, es habe sich um eine mehr oder minder spontane Demonstration von, wie suggeriert wurde, aufgebrachtens Ortsansässigen Tunesier:innen gehandelt. Doch fand sich im Vorfeld in der Onlinezeitung «Tunisie numérique» der Hinweis darauf, dass mindestens eine politische Partei zu der Kundgebung aufgerufen hatte – es handelt sich um die «Parti Destourien Libre» (PDL, ungefähr «freie Verfassungspartei») unter Abir Moussi. Die Anwältin gilt als Gallionsfigur derer, die der Auffassung sind, dass unter dem 2011 gestürzten Ben-Ali-Regime alles besser gewesen sei und die Demokratisierung das Land heruntergewirtschaftet habe. Ausserdem hetzt eine gewisse «Parti Nationaliste Tunesien» schon eine ganze Weile lang. Im Wesentlichen ähnelt diese 2018 gesetzlich zugelassene Kleinstpartei, die laut der Webseite «Nawaat» ursprünglich von sieben Personen gegründet wurde, den europäischen rechtsextremen Parteien, mitsamt ihrer Vorliebe für Verschwörungstheorien. Die Korrespondentin des Senders «France 24» teilte im Februar dieses Jahres mit, die Organisation weise drei offizielle Mitglieder auf. Zu jenem Zeitpunkt begann die Phantompartei jedoch damit, auf die Kampagne von Präsident Saïed aufbauend, umfangreiche Aktivitäten im Internet und bei den sozialen Kommunikationsmedien zu starten. In den folgenden Monaten bildeten sich in manchen Städten von ihr initiierte bürgerwehrrähnliche Gruppen, die gewalttätige Ausschreitungen gegen Schwarze oder auch gegen «tunesische Verräter:innen», die diese beherbergen, inszenierten.

Zuspruch fand dies auch deswegen, weil es in Tunesien in den letzten Monaten zu einer ausgesprochenen Knappheit bei Grundnahrungsmitteln und -bedarfsgütern wie Speiseöl und Kaffee gekommen war; selbst um Brot stehen Menschen mitunter in langen Warteschlangen an. Daraufhin fruchteten Appelle, «nicht an Schwarzafrikaner:innen» zu verkaufen. Kleinhändler:innen verweigerten ihnen in ihren Wohnvierteln entweder den Nahrungskauf oder gewährten ihn nur gegen Aufpreis.

Ausgesetzt, ausgeliefert

Es gibt jedoch auch einen Teil der tunesischen Gesellschaft, der sich gegen solche Tendenzen stemmt, sei es aus politischen Gründen oder auch aus Motiven spontaner Mitmenschlichkeit. Aus Sfax zeigen Videoaufnahmen auch Stadtbewohner:innen, die Trinkwasserflaschen und Essen an subsaharische Afrikaner:innen verteilen. In «Tunisie numérique», wo Artikel hetzerischer Natur – einer bezeichnete z.B. die Migrant:innen in Sfax als «von Boko Haram infiltriert» – und solche gegenläufiger Tendenz koexistieren, war ein Beitrag übertitelt mit einem Hinweis auf die Helfer:innen, welche «die Ehre Tunesiens retten».

Am 3. Juli starb dann ein Tunesier infolge einer Auseinandersetzung zwischen Einwohner:innen von Sfax und kamerunischen Migrant:innen. Daraufhin explodierte die Gewalt nochmals. Dieses Mal griff die Staatsmacht ein. Behörden kündigten den Migrant:innen an, sie in Bussen in die Hauptstadt Tunis zu bringen. Doch stattdessen fuhren diese in Richtung Süden an die Landesgrenzen und setzten dort Hunderte von Menschen aus – unter ihnen auch Frauen und Kinder. Der Fund von zwei Leichen in den darauffolgenden Tagen ist gesichert, weitere Tote sind bislang Gegenstand unbestätigter Meldungen. Eine grössere Gruppe von rund 600 Migrant:innen, die an der Grenze zu Libyen ausgesetzt worden war und sich in der Sahara bis circa fünfzehn Kilometer in dessen Landesinnere verirrt hatte, konnte am 11. Juli über die tunesische Grenze zurückkehren. Zuvor schlugen nationale, aber auch internationale Nichtregierungsorganisationen wie «Human Rights Watch» Alarm, und Videos von in der Wüstensonne ohne Nahrungsmittel ausharrenden Menschen kamen in Umlauf. Die rund 600 Betroffenen wurden inzwischen über – aufgrund der Ferienzeit – leerstehende Schulgebäude in mehreren südtunesischen Städten verteilt. Mitte Juli verorteten NGO jedoch noch weitere 100 bis 150 Menschen im Niemandsland zwischen Tunesien und Libyen. Weitere 150 Migrant:innen wurden an die algerische Grenze in das Wüstengebiet von Hazaoua gefahren, überschritten diese und wurden zuletzt in der Nähe einer Gemeinde auf der algerischen Seite kontaktiert. Danach verlor sich ihre Spur, wohl, weil ihre Handys keinen Empfang oder keine Batterie mehr hatten.

Die Europäische Union verspricht unterdessen Tunesien eine «Soforthilfe» von 150 Millionen Euro sowie – später zurückzuzahlende – Kredite über 900 Millionen Hilfe, um seine maritimen Grenzen besser zu sichern. Das Abkommen enthält, neben Passagen über wirtschaftliche Kooperation und Investitionen, auch ein Kapitel über die Zusammenarbeit beim Thema Migration. Darin ist der Satz hervorgehoben, Tunesien sei «kein Ansiedlungsland für Migrant:innen» und sichere «nur seine eigenen Aussengrenzen». Die unterstrichenen Stellen waren offenkundig Gegenstand längerer Diskussionen. Die tunesische Seite will tunlichst verhindern, dass über ihr Territorium in die Union eingereiste Migrant:innen aus EU-Staaten nach Tunesien zurückgeschickt werden – diese sollen bitte nur in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden.

Bernard Schmid,
Journalist und Anwalt, Paris

Auch erschienen in der Wochenzeitung «Jungle World» am 20. Juli 2023.

Archipel
Monatszeitung des
Forum CiviQue

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Türkei: Prozesstag von Pinar Selek

Am 29. September soll das endgültige Urteil über die bekannte Schriftstellerin und Soziologin Pinar Selek im Istanbul Justizpalast gefällt werden.

Trotz viermaligem Freispruch – ihre Unschuld wurde eindeutig bewiesen – wird der Prozess gegen Pinar Selek, der sie nun seit 25 Jahren verfolgt, in ihrer Abwesenheit ein fünftes Mal aufgerollt, weil der Oberste Gerichtshof der Türkei es so beschlossen hat. Dieses Mal soll das Urteil definitiv ausfallen und also kein Einspruch mehr möglich sein. Die Folter während ihrer zweijährigen Haft als junge Frau, die juristischen Schikanen, die fortdauernden Bedrohungen und nicht zuletzt das Leben im Exil haben unsere Freundin Pinar nie daran gehindert, sich weiter zu engagieren und sich auf vielfältige Weise für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen.

Die verschiedenen Solidaritätskomitees haben eine internationale Delegation zum Prozess organisiert, an der wir u.a. gemeinsam mit

befreundeten Anwälten aus der Schweiz, Frankreich und Deutschland teilnehmen werden. Die Organisator:innen bitten um finanzielle Unterstützung für die türkischen Anwältinnen und Anwälte, die den Mut haben, trotz massiver Repression, Pinar weiterhin zu verteidigen. Wenn Ihr Euch finanziell beteiligen könnt, überweist Eure Unterstützung bitte auf das Konto vom Europäischen BürgerInnen Forum mit dem Vermerk: Pinar Selek.* Herzlichen Dank! Wir hoffen inständig, dass die internationale Präsenz in Istanbul das höchste türkische Gericht beeindruckt und das Urteil positiv beeinflussen wird!

Constanze Warta

*Unser Konto: IBAN: CH24 0900 0000 4000 85235 BIC: POFICHBEXX

FRANKREICH

Die Widerständigen im Larzac

Vor 50 Jahren strömten 100.000 Menschen aus der ganzen Welt in die Hochebene des Larzac, um die Bauern und Bäuerinnen zu unterstützen, die durch die geplante Erweiterung eines Militärgeländes von Enteignung bedroht waren. «Kein Landwirt wird gegen seinen Willen vertrieben!», versprach damals der «Eid der 103»¹. Vor einem Monat trafen sich hier hunderte Widerstandsgruppen aus ganz Frankreich, um dieses Versprechen zu bestätigen.

Nach dem damaligen Sieg der Widerständigen und der Aufgabe des militärischen Projekts im Jahr 1981 wurde der Larzac, eine 1000 km² grosse Kalk-Hochebene im Südwesten Frankreichs, zu einem bahnbrechenden Experimentiergebiet für kollektive bäuerliche Dynamiken und zu einem Pilgerort für die Versammlungen der französischen Umweltbewegungen. Auf dem internationalen Forum von 2003 wurde hier beispielsweise vor 20 Jahren das Kollektiv der freiwilligen GVO-Mäher:innen gegründet.

Anfang August dieses Jahres kehrten 7500 Menschen auf die frisch abgeernteten Felder dieser mythischen Landschaft zurück, um an dem Treffen der «Résistantes» teilzunehmen, die von der «Confédération Paysanne»², den «Terres de Luttes»³, den «Faucheur-euses Volontaires» («freiwillige GVO-Mäher:innen») und über 800 Freiwilligen aus ganz Frankreich mitorganisiert wurden. Mit mehr als 175 angekündigten Redebeiträgen war das Programm von einer überwältigenden Fülle, die im Rahmen eines solchen Artikels unmöglich vollständig wiedergegeben werden kann.⁴ Aber dieses «Jubiläumereignis» hat eine hervorragende Gelegenheit geboten, um den Zustand der radikalen französischen

Umweltbewegung für das Jahr 2023 zu skizzieren.

Historische Verschärfung der Repression

In Frankreich wird das Jahr 2023 zweifellos als ein Jahr der beispiellosen Beschleunigung der Repression in das Gedächtnis der Aktivist:innen eingehen. Zunächst ein Jahr der massiven Überwachung, mit der Entdeckung von Kameras vor unseren Aktivitäts- und Lebensorten, von Chips unter unseren Fahrzeugen, von Abhörgeräten und der systematischen Auswertung unserer Daten; ein Jahr, das auch durch eine Intensivierung der Polizeigewalt gekennzeichnet ist, in dem wir durch unzählige Tötungsdelikte und todbringendes Fehlverhalten der Polizei in den Arbeitervierteln in Trauer versetzt wurden. Ein Jahr, in dem die Polizei innerhalb von zwei Stunden mehr als 5000 Granaten auf Demonstrant:innen abfeuert, um ein «Loch» (Riesenwasserrückhaltebecken bei Sainte-Soline, Anm. d. Red.) zu schützen. Ein Jahr, das von aufeinanderfolgenden Verhaftungswellen und Gerichtsverfahren getaktet wird, die in der versuchten Auflösung der «Soulèvements de la Terre» (Aufstände der Erde) gipfelten; und auch das Jahr der voraussichtli-

chen Gründung einer Anti-ZAD-Brigade, um Geländebesetzungen gegen Megaprojekte zu verhindern.

Von Bure über Notre-Dame-des-Landes bis Sainte-Soline: Die Zeugenaussagen, die während der «Résistantes» geliefert wurden, haben die Vielfalt der repressiven Schemata sichtbar gemacht, die an den verschiedenen Orten eingesetzt werden. Wir tauschten uns auch über die negativen Auswirkungen der Repression auf Kollektive und Individuen aus: Sie schürt Angst, erzeugt Traumata (physisch und psychisch), Erschöpfung und Isolation der Aktivist:innen. Und auch wenn es unerlässlich ist, über Repression zu sprechen, insbesondere damit sich die Aktivist:innen der Risiken in ihrem Engagement bewusst werden, so ist es doch schwierig, darin ein Gleichgewicht zu finden, damit die Angst nicht zu gross wird und unsere Bewegungen nicht geschwächt werden.

Wenn wir uns das Glas halb voll vorstellen, stellen wir fest, dass «was uns nicht umbringt, uns stärker macht»: Angesichts der zunehmenden Repressionen organisieren sich unsere Bewegungen immer effizienter, um Aktivist:innen zu schützen und Opfer zu unterstützen. Die wachsende Kompetenz der «Backbones», der «Legal Teams» und der Selbsthilfe-Netzwerke zeigt, dass die Kultur der Fürsorge an Boden gewinnt. Es zeigt sich auch, dass Unterdrückung Zusammenhalt erzeugt: Angesichts von Widrigkeiten (wie zum Beispiel den Windböen, die wir während dem Treffen Tag und Nacht ertragen mussten), schliessen wir die Reihen und stehen zusammen!

Die grosse Bewegung

Jede Bewegung muss in der Lage sein, eine kontinuierliche Arbeit der Selbstkritik zu leisten, aber auch ihre Errungenschaften und Siege kollektiv zu feiern. Zu diesen Errungenschaften gehört die jüngste Beschleunigung der Kon-



vergenzdynamik der verschiedenen Bewegungen der radikalen Ökologie, die insbesondere von der Bewegung «Soulèvements de la terre» vorangetrieben wurde. Diese Konvergenz lässt sich zunächst durch eine verstärkte Solidarität zwischen den Gebieten beobachten: Die Aktionen, die in jeder «Saison» der «Soulèvements de la terre» auf der Tagesordnung stehen, haben von einer erhöhten Sichtbarkeit und einer vervielfachten Mobilisierungsfähigkeit profitiert, wie man bei der Anti-Megabecken-Aktion im März in Sainte Soline feststellen konnte, an der nicht weniger als 30.000 Menschen aus der ganzen Welt teilgenommen haben. Während solchen Treffen wie im Larsac entsteht die Konvergenz auch durch eine Vervielfachung der Koalitionen von «thematischen» Kämpfen: Nach dem Vorbild der «Déroute des Routes»⁵ entstehen neue Kollektive wie die «Hydrofurieux» (die Wasserwütenden), um die Kämpfe zur Verteidigung des Wassers zusammenzuführen, wie auch das Netzwerk gegen Fabrikfarmen oder auch gegen «Agrovoltaik»-Projekte. Diese Koalitionen ermöglichen es, die Erfahrungen der Kämpfe zu vergleichen, Argumente zu festigen und gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Es herrscht Konsens darüber, dass es sinnvoll ist, verschiedene Kampfstrategien zu artikulieren, auch wenn man sich einig ist, dass der Übergang zur Praxis nicht immer einfach ist. Es werden einige Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen «bürgerlichen» Rentnerinnenverbänden und meist jungen Landbesetzerinnen genannt, die einen Moment lang von einer strahlenden Zukunft träumen lassen, in der die auf verschiedene Weise engagierten Menschen nicht mehr aufeinanderprallen, sondern sich gegenseitig erforschen, ergänzen und sogar vermischen. Es ist sicher, dass diese Konvergenzdynamiken es der Bewegung ermöglicht haben, einen ziemlich bedeutenden «Massstabswechsel» zu vollziehen, der sich von

Ereignis zu Ereignis bestätigt. Gleichzeitig begleitet die Popularisierung des Konzepts der «Entwaffnung», d.h. des Unbrauchbar-machens gewisser schädlicher Grossprojekte durch die «Soulèvements de la terre» einen Übergang zu offensiveren Handlungsweisen: Im Kontext der aktuellen klimatischen Notlage erscheint die Neutralisierung giftiger und zerstörerischer Infrastrukturen und Maschinen nicht mehr als einfache «Beschädigung/Zerstörung von Eigentum», sondern als eine Form der Selbstverteidigung. Die dreifache Dynamik (Konvergenz, Massifizierung, Radikalisierung) beunruhigt die Behörden offensichtlich. Wie ein Sprecher des Kollektivs «Bassines non merci»⁶ schlussfolgert: «Wenn sie so viel Energie darauf verwenden, uns zu bekämpfen, dann ist das ein Zeichen dafür, dass wir genau ins Schwarze treffen.»

Mit Recht und Wissenschaft

Eine weitere Strategie, die während der «Résistantes» zur Sprache kam, ist die, sich die Waffen unserer Gegnerinnen anzueignen, um sie besser bekämpfen zu können. In einer sehr schönen Podiumsdiskussion kamen insbesondere «verbündete» Wissenschaftlerinnen zu Wort, welche die Seite wechseln, um zur «intellektuellen Abrüstung» des zerstörerischen Kapitalismus beizutragen. Einige wie die «Wissenschaftlerinnen in Rebellion» tun dies, indem sie bewusst die Autorität instrumentalisieren, die ihnen der weisse Kittel und die sakrosankte «wissenschaftliche Methode» verleihen; andere wie die «Naturalistinnen der Erde» erfinden mit Denkerinnen wie Philippe Descola den wissenschaftlichen Ansatz neu, der so sensibler und partizipativer wird. Wie das Sprichwort sagt: «Wissenschaft ohne Gewissen ist nur der Ruin der Seele».

Eine weitere Berufsgruppe, deren Desertierende ins Rampenlicht gerückt wurden, sind die Juristinnen – in einem Umfeld, in dem die Demokratie versagt und man sich

zu Recht fragen kann, ob uns das Recht noch schützen kann. Manchmal kann durch Verwaltungsbeschwerden einfach wertvolle Zeit gewonnen werden, wie es kürzlich im Kampf gegen das Beckenprojekt in La-Clusaz der Fall war. Der Nachweis, dass die Projektträgerinnen selbst gegen die Gesetze verstossen, kann auch den Rückgriff auf offensivere Vorgangsweisen legitimieren, wie es bei der Besetzung des «Bois Lejuc» in Bure der Fall war. Manchmal führt dies sogar zur Aufgabe von Projekten, wie kürzlich bei der geplanten Umgehungsstrasse von Golfe-Juan im Département Alpes-Maritimes.

Bruchlinien, die bestehen bleiben

Ein kleiner Wermutstropfen vielleicht: Der Aufbau unserer politischen Identität ist ein dynamischer Prozess, der sich in Neukonfigurationen von Bündnissen (wie den oben erwähnten) äussert, aber auch in der Definition der Grenzen zwischen denjenigen, die wir als unsere Verbündeten betrachten, und denjenigen, die wir als unsere Gegnerinnen betrachten müssen. Trotz einer gemeinsamen Basis und gemeinsamen Werten ähnelt diese Grenze eher einer «Grauzone», deren verschwommene Konturen je nach politischer Sensibilität der einzelnen Personen variieren.

So führte der interne Gegensatz zwischen der der Antispezistinnen-Bewegung und den Bauernbewegungen während der «Résistantes» zu einer eindeutigen und offiziellen Stellungnahme der linken Bauerngewerkschaft «Confédération Paysanne»: Sie lehnt öffentlich jedes Bündnis, selbst ein lokales und punktuelles, mit den Antispezistinnen ab. Die beiden Bewegungen stimmen jedoch in vielen Feststellungen überein und könnten zweifellos von «pragmatischen» Allianzen profitieren, um gemeinsame Gegnerinnen wie z. B. die industriellen Landwirtschaftsbetriebe zu bekämpfen. «Wenn du ertrinkst, schaust du nicht auf das Gesicht des Menschen, der dir den Rettungsring zuwirft», sagte Léon Maillé, ein Veteran der Larzac-Bewegung, pragmatisch gegenüber der Zeitung «Reporterre».

Nach meiner Rückkehr von den «Résistantes» vertiefte ich mich erneut in das Buch «La Joie militante» (Die kämpferische Freude), das ein wunderbares Vorwort von Juliette Rousseau hat. Um aus der «starrten Kampfhaltung» herauszukommen, laden Carla Bergman und Nick Montgomery uns ein, unsere Neugier zu kultivieren, dogmatische Haltungen und vorgefertigte Phrasen zu verlassen und auch bereit zu sein, uns zu ändern.

Eli

1. Eid der 103: ein Text, der im März 1972 von 103 Bauern und Bäuerinnen aus dem Larzac unterzeichnet wurde, um sich dem 1971 angekündigten Projekt zur Erweiterung des Militärgebietes zu widersetzen, das schliesslich 1981 von Präsident François Mitterrand aufgegeben wurde.

2. Französische Bauerngewerkschaft, die sich für eine bäuerliche Landwirtschaft nach menschlichem Massstab und mit Rücksicht auf die Umwelt einsetzt.

3. «Terres de Luttes» setzen sich gegen die Betonisierung und Vereinnahmung der Erde durch grossindustrielle Projekte ein.

4. Diese Aufgabe wurde von den Dutzenden von Bürgerinnen-Radios, die über die gesamte Veranstaltung berichtet haben, voll und ganz erfüllt.

5. Im Januar 2022 gegründete Koalition von Widerständen gegen zerstörerische Strassenbauprojekte.

6. Bürgerinnen-Kollektiv, das sich für den Erhalt von Wasser im Allgemeinen und gegen den Bau von Riesenwasserbecken im Besonderen einsetzt.



Zeichnung von Terre de luttes.

Ein Etappensieg

Das Verbot der «Soulèvements de la terre» (Aufstände der Erde) ist vorläufig aufgehoben. Doch die endgültige Entscheidung steht noch aus.

Der Richter für einstweilige Verfügungen des französischen «Conseil d'Etat» (Staatsrat)¹ setzte am Freitag, dem 11. August, das Dekret zur Auflösung der «Soulèvements de la terre» aus, das am 21. Juni vom Ministerat, also von der französischen Regierung, erlassen worden war. Das Verfahren war Ende März 2023 eingeleitet worden – wenige Tage nach einer unbewilligten Grossdemonstration gegen den Bau von riesigen Wasserrückhaltebecken in Sainte-Soline (Département Deux-Sèvres). Die Regierung prangerte damals die «Anwendung von Gewalt» durch die «Mitglieder» dieser ökologisch-sozialen Bewegung an, obwohl es die Polizei war, die nachweislich extreme Gewalt gegen die zum allergrössten Teil friedfertigen Teilnehmer:innen der Kundgebung eingesetzt hatte. Die Regierung erklärte damals, dass die Protagonist:innen der Bewegung «unter dem Vorwand, für den Erhalt der Umwelt einzutreten» zur «Anwendung von Gewalt» gegen Polizist:innen und Sachwerte schreiten würden. Die «Soulèvements de la Terre» würden «zur Begehung von Sabotageakten und zur Verursachung von materiellen Schäden» anstiften, einschliesslich der Anwendung von «Gewalt». Für den Staatsrat besteht jedoch «ein ernsthafter Zweifel an der im Auflösungsdekret vorgenommenen Qualifikation der Provozierer:innen zu

gewalttätigen Handlungen gegen Personen und Güter» durch die Bewegung. Damit hat das oberste Verwaltungsgericht das Dekret zur Auflösung der «Gruppe» vorläufig suspendiert, indem sie auf die Anträge für eine einstweilige Verfügung der Anwält:innen der Bewegung einging. Die vorläufige Suspendierung des Erlasses ist aber noch keine endgültige Entscheidung des Staatsrats, ob die «Soulèvements de la terre» von der Exekutive schlussendlich verboten werden dürfen oder nicht. Trotzdem wurde die jetzige Entscheidung von allen ökologisch und sozial Bewegten in Frankreich mit Erleichterung aufgenommen.

Argumente der Verteidigung

Die «Soulèvements de la terre» sind keine «De-facto-Gruppierung», wie von Regierungsseite behauptet, sondern vielmehr eine Denkrichtung, die auf einer grossen Bewegung beruht, die weder eine Führung noch identifizierbare Mitglieder hat. Diese Bewegung organisiert sich durch eine Konstellation von Komitees sowie durch die Koordinierung zwischen zahlreichen Organisationen auf verschiedenen Versammlungen. Die dem gesamten Erlass zugrunde liegende Vorstellung einer von Rädelführer:innen gesteuerten Gruppierung ist eine reine Phantasterei der Polizei.

- Die meisten der im Auflösungsdekret angeführten Vorwürfe sind nicht auf die «Soulèvements de la terre» zurückzuführen und beruhen auf sachlich falschen Elementen.
- Sachbeschädigungen, die nicht lebensbedrohlich sind, können rechtlich nicht als Gewalt eingestuft werden. So kann beispielsweise der Aufruf, die Plane eines Wasserbeckens zu zerschneiden oder sich gegen den Tränengaseinsatz der Polizei zu schützen, nicht als «gewalttätige Provokation» bezeichnet werden.
- Die Auflösungsentscheidung ist weder notwendig noch geeignet oder verhältnismässig. Sie stellt einen gefährlichen Präzedenzfall dar, der die Versammlungs- und Meinungsfreiheit massiv beeinträchtigt. Dieser Erlass stellt eine klare Verletzung der Artikel 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention dar.

Die Redaktion

1. Conseil d'Etat: Der Staatsrat ist das höchste Verwaltungsgericht in Frankreich. Er hat zwei Aufgaben: Er urteilt über Konflikte zwischen Bürger:innen und der Verwaltung und erstellt Rechtsgutachten für die Regierung und das Parlament zu ihren Gesetzesentwürfen und Verordnungen. Er stellt sicher, dass diese mit der Verfassung sowie dem nationalen und europäischen Recht konform sind.

WASSER

100 Tage für den Schutz des Wassers

Gigantische Wasserbecken, Fabriken, Golfplätze: Es gibt viele Einrichtungen, die sich des Wassers bemächtigen und es vergiften. Mehrere Kollektive in Frankreich haben sich 100 Tage Zeit gegeben, um diese Installationen «auszutrocknen».

Die Bewegung «Soulèvements de la Terre» (Aufstände der Erde)¹ hat eine neue Kampagne gestartet, die sich gegen «den Staat und die Agrarindustrie» richtet, «die das Wasser verschmutzen und privatisieren». Die Aktivist:innen haben sich vom 13. Juni bis zum 21. September 2023 Zeit genommen, um alle davon betroffenen Akteur:innen anzusprechen. Zunächst die Institutionen: Wasserbehörden, Regionalräte, Verwaltungen, Ministerien. Dann die Akteure der Agrarindustrie

wie die rechte Bauergewerkschaft FNSEA, aber auch die Konzerne (Pioneer, Océalia, Eureden, Monsanto...). Danach die grossen Unternehmen, die das Wasser privatisieren (Veolia, Suez, Saur...), es in Flaschen abfüllen (Nestlé, Danone) sowie die Industrie (Lafarge, STMicroelectronics, CACG, Eurovia, Colas, TELT...). Und schliesslich die «Luxus-Graber»: Golfplätze, Yachten, Whirlpools und Schneekanonen. Diese Bestandsaufnahme zeigt, dass die Kämpfe um den Erhalt des

Wassers vielgestaltig sind und auf mehreren Ebenen stattfinden. Hier sind fünf Punkte, um zu verstehen, was auf dem Spiel steht:

Die Vereinnahmung des Wassers

Der bekannteste aktuelle Kampf ist wohl der gegen die Monsterbecken im Naturgebiet «Marais Poitevin». Seit fünf Jahren wehrt sich das Kollektiv «Bassines non merci» gegen diese gigantischen Wasserreservoirs, die für die industrielle Landwirtschaft bestimmt sind. In zahlreichen Gebieten Frankreichs sind Riesenbecken in Planung. So wurden im Département La Vienne, im Gebiet von Aume-Couture und in der Provinz Berry, die Antennen von «Bassines non merci» ins Leben gerufen. Hinter diesen Reservoirs steht die diskrete «Compagnie d'aménagement des Coteaux de Gascogne» (CACG), ein Privatunternehmen, das eine Schlüsselrolle bei der Errichtung von Staudämmen, Stauseen und Bassins in Frankreich spielt. Sie war unter anderem für das Projekt des Sivens-Staudamms verantwortlich, der Rémi Fraisse das Leben kostete.²

Ein weiteres Thema, das den Aktivist:innen Sorgen bereitet, ist abgefülltes Wasser.

In Vittel in den Vogesen und in Volvic im Puy-de-Dôme pumpen die multinationalen Konzerne Nestlé und Danone schamlos das Grundwasser ab, das an sich durch den Klimawandel schon bedroht ist. Bürgerinnen-Initiativen wehren sich gegen die Vereinnahmung dessen, was sie als Gemeingut betrachten, und erringen manchmal Siege: In Murat-sur-Vèbre im Département Tarn musste der Danone-Konzern sein Bohrprojekt für die ihm gehörende Mineralwasser-Firma La Salvétat aufgeben.

Wasserintensive Freizeitaktivitäten

Im Sommer 2022, als eine historische Dürre Frankreich austrocknen liess, haben Kollektive Golfplätze angegriffen. «Während es überall Einschränkungen gibt und etwa hundert Gemeinden mit Tankwagen oder Flaschen versorgt werden, erhalten Golfplätze Ausnahmegenehmigungen, um ihre Grünflächen zu bewässern», prangerte ein Mitglied des Kollektivs Kirikou in Toulouse diese unhaltbare Situation gegenüber Reporter³ an. Rund um den See von Gérardmer (Vogesen) wurden von der protestierenden Bevölkerung mindestens fünf Whirlpools angebohrt, was die wachsenden Spannungen zwischen Touristinnen und Einwohnerinnen über die gemeinsame Nutzung der Wasserressourcen verdeutlicht.

Im letzten Winter, der besonders trocken war, sabotierten Aktivistinnen in mehreren Skigebieten Schneekanonen. In La Clusaz wurde eine ZAD (Zone à défendre – eine selbstverwaltete Besetzung eines «zu verteidigenden Gebiets») eingerichtet, um das Plateau von Beauregard zu schützen, das durch den Bau eines fünften Stausees zerstört werden sollte. Sie haben einen ersten Sieg errungen, indem das Projekt ausgesetzt wurde.

Verlassen wir die Berge und begeben uns an die Küste mit ihren riesigen Jachten, die laut dem Soziologen Grégory Salle ein Symbol für die «ostentative Zurückgezogenheit» der Ultrareichen sind. In Cannes und Antibes fanden Aktionen statt, um «die Klimakriminellen zu entwaffnen» und ihre gigantischen Schiffe daran zu hindern, 4000 Liter Benzin pro 100 Kilometer auszuspuken. Schliesslich sei noch auf das grosse Comeback der Surfparks hingewiesen, die man nach heftigen lokalen Widerständen eigentlich schon aufgegeben glaubte. In der Nähe von Bordeaux will ein ehemaliger Star-Academy-Kandidat ein riesiges Wellenbad bauen.

Der Verkehr

Der Bau einer Strasse kann eine Trinkwasserbohrung austrocknen. Die geplante Umgehungsstrasse in Rouen, im Norden Frankreichs, gegen die sich Dutzende von Gruppen wehren, führt durch Trinkwassereinzugsgebiete. Die Verschmutzung hört nicht mit dem Bau der Verkehrsinfrastruktur auf. Sobald diese in Betrieb ist, wird das Regenwasser, das von den Strassen in die Flüsse fliesst, mit Kohlenwasserstoffen und anderen Schadstoffen belastet. Doch nicht nur der Autoverkehr belastet: In der Maurienne hat der Bau des Eisenbahntunnels unter den Alpen zur Verbindung von Lyon und Turin die Quellen einiger Dörfer versiegen lassen.

Seit Jahrzehnten sind Grünalgen eine Plage, welche die bretonischen Küsten erstickt. Trotz dreier Aktionspläne, die von der Region durchgeführt wurden, hat sich die Situation nicht geändert. Die Vereinigung «Eau et Rivières de Bretagne» hat den Staat vor Gericht verklagt und «die wiederholten Versäumnisse des Staates bei der Bekämpfung der Nitratverschmutzung» angepran-

Der Wasserkonvoi

Das Kollektiv «Bassines non merci» hat zu einem «Mega-Fahrradkonvoi gegen die Mega-Becken» aufgerufen. Unter der Parole «Für das Teilen von Wasser und Land» fand vom 18. bis 27. August eine grosse Radtour von Sainte-Soline über Orléans nach Paris statt. Eingeladen dazu wurden alle, die sich für das Wasser als Gemeingut einsetzen und der Meinung sind, dass die Regierung private Interessen und nicht die der Bevölkerung vertritt. Zu Redaktionsschluss hat die Tour mit 20 Traktoren und 700 Fahrrädern gerade erst angefangen.

gert. Doch die Wasserverschmutzung durch Grünalgen ist nicht das einzige Versagen des Staates. Auch das 2008 gestartete Programm «Écophyto», mit dem der Einsatz von Pestiziden innerhalb von zehn Jahren halbiert werden sollte, ist gescheitert. Angesichts des Misserfolges wurde das Reduktionsziel auf 2025 verschoben.

Und «last but not least» sind auch Biogasanlagen eine Quelle der Wasserverschmutzung durch die industrielle Landwirtschaft. Der Inhalt von den Tanks dieser Anlagen läuft regelmässig in Flüsse und Bäche über. So auch im August 2020, als 400 m³ Digestat⁴ aus einer bretonischen Biogasanlage oberhalb einer Trinkwasseranlage in einen Fluss gelangten und das Wasser für rund 50 Gemeinden ungeniessbar machten.

Verschmutzung durch die Industrie

Wussten Sie, dass die Produktion von Mikrochips Wasser verbraucht? Und wussten Sie wieviel Wasser? Die STMicroelectronics-



Zeichnung: Yannick Fournié

Fabrik in der Nähe von Grenoble wird, laut einer Prognose für 2023-2024, 336 Liter pro Sekunde (!) verbrauchen, um die Halbleiter herzustellen, die in den meisten unserer elektronischen Geräte enthalten sind. Das Unternehmen plant, seine Grösse zu verdoppeln, und wird voraussichtlich immer mehr vom blauen Gold anzapfen, was die Besorgnis von Umweltverbänden hervorruft.

Eine weitere Industrie, die unsere Wasserressourcen besonders stark belastet, ist die Betonindustrie. Sandgruben, in denen Sand abgebaut wird, der zusammen mit Zement zur Herstellung von Beton verwendet wird, trocknen das Grundwasser aus, wie zum Beispiel in Saint-Colomban (Loire-Atlantique). Asphaltmischanlagen, gegen die mindestens 15 Kollektive in Frankreich kämpfen, sind ebenfalls eine Quelle der Grundwasserverschmutzung, wie z. B. in Lavilledieu in der Ardèche. Sie verschmutzen auch das Oberflächenwasser.

In Paris leitete der Betonkonzern Lafarge absichtlich Abwasser aus einer seiner Fabriken, die sich am Flussufer befand, in die Seine.

Auch Lagerstätten für Industrieabfälle werden ins Visier genommen. Im Elsass sind fast 42.000 Tonnen giftiger Rückstände in dem ehemaligen Bergwerk «StocaMine» vergraben, direkt oberhalb der grössten Trinkwasserreserve Europas. In Bure im Département Meuse soll das geplante Atom-mülllager über einer Grundwasserreserve errichtet werden.

Schliesslich stellen auch die Minen eine Quelle der Wasserverschmutzung dar. In Französisch-Guayana sind die vielen Goldwäschereien eine Katastrophe für die Flüsse. In Frankreich verschmutzen die alten Stollen aus der Zeit von Germinal trotz aller Dekontaminierungsversuche noch immer das Grundwasser. Zum Glück ist die Ausbeutung von Bodenschätzen in der Tiefsee vorläufig

noch nicht genehmigt. Die Folgen einer solchen könnten verheerend für den Meeresboden sein.

Laury-Anne Cholez
Reporterre*

* <https://reporterre.net/Les-luttes-pour-l-eau-se-donnent-100-jours-pour-mener-bataille>

1. Siehe Archipel Nr. 327, Juli/August 2023

2. Bei Zusammenstössen mit den Sicherheitskräften in der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober 2014 während eines Protestcamps gegen den Staudamm von Sivens im Tarn (Nähe Toulouse) wurde der 21-Jährige Rémi Fraisse Opfer der Explosion einer offensiven Granate, die ein Gendarmereioffizier abgeschossen hatte. Erst nach neun Jahren Gerichtsverfahren wurde die Verantwortung des Staates für seinen Tod anerkannt.

3. Reporterre ist eine Nachrichtenseite mit dem Untertitel «das Medium der Ökologie», die sich hauptsächlich mit Umwelt- und Sozialproblemen befasst. Die Zeitung ist frei zugänglich, werbefrei und auf Spenden der Leser:innen angewiesen. Artikel Kirikou: <https://reporterre.net/Golfs-sabotes-que-revendique-le-collectif-Kirikou>

4. Ein organisches Material, das durch den Prozess der Methanisierung entsteht.

CHILE

Nie vergessen!

Ein grauenvolles Jubiläum: Am 11. September in diesem Jahr jährt sich der Putsch von General Pinochet gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende in Chile zum 50. Mal. Zehntausende Menschen wurden damals verhaftet, eingesperrt, gefoltert und ermordet. Viele, die irgendwie konnten, flohen ins Ausland. Der 11. September 1973 war der Auftakt für 17 Jahre blutige Diktatur, Elend und Exil.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir uns aber auch daran erinnern, was solidarische Menschen zustande bringen können. Wir denken an die «Freiplatzaktion für Chile-Flüchtlinge» in der Schweiz, die kurz nach dem Putsch von Kaplan Cornelius Koch und der Jugendbewegung Longo maí¹ ins Leben

gerufen wurde. Auf einen Appell an alle Kirchgemeinden und politischen Gemeinden hin konnten über 3000 Beherbergungsplätze, sogenannte Freiplätze, für Geflüchtete aus Chile gefunden werden – und dies in Zeiten des Kalten Krieges als die Verfolgten in Chile in den konservativen Kreisen als «Kommunisten» und als «rote Gefahr» gehandelt wurden. Die Schweizer Regierung – der Bundesrat – weigerte sich auch aus diesen Gründen, chilenische Geflüchtete aufzunehmen.

Doch er hatte nicht mit der Reaktion einer breiten Bewegung in der Bevölkerung gerechnet, zu der die Freiplatzaktion schnell heranwuchs. Nur ein Beispiel: Die Einwohner:innen des kleinen Oberbaselbieter Bauerndorfs Titterten beschlossen spontan und einstimmig, fünf chilenische Verfolgte aufzunehmen. Ein Gemeindevertreter erklärte dazu: «Wenn fünf chilenische Kommunisten die Ordnung in unserer Gemeinde bedrohen, dann ist sie wirklich nicht viel wert.» Und im Dorf war zu hören: «Wir tun ja nur, was jeder Christ und jede Christin in einer solchen Situation tun muss». Diese einfache Solidarität multiplizierte sich im ganzen Land.

Obwohl sich der Bundesrat quer stellte, gelang es schliesslich der Freiplatzaktion, teils

auch auf «illegalen» Wegen, rund 2000 Chilenen und Chileninnen in die Schweiz zu holen, zu beherbergen und langfristig zu schützen.

Michael Rössler

1. Aus dem Verein Longo maí mit Sitz in Basel ist 1990 auch das Europäische BürgerInnen Forum hervorgegangen.

Literatur und Film zur Freiplatzaktion:

- Claude Braun und Michael Rössler: «Ein unbequemes Leben – Cornelius Koch, Flüchtlingskaplan», Seiten 55 – 84, Zytglogge, Oberhofen bei Thun, 2011, CHF 30.- + Portokosten. Bestellungen an: Europäisches BürgerInnen Forum, Postfach, CH-4001 Basel, ch@forumcivique.org
- Daniel Wyss: «La barque n'est pas pleine», 2014, 56 min – Suisse, Streaming (f, d, espagnol, anglais, arabe): www.tv5mondeplus.com/fr/details/vod/106165422-74079A oder als DVD erhältlich.
- Iara Heredia Lozar/Bastien Genoux: «Me duele la memoria», Suisse, 2018, mehrere Sprachen



Eine Auswahl an Portraits von verschwundenen Gefangenen während der Diktatur in Chile.